

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

91. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuß

65. Sitzung

Sozialausschuß

44. Sitzung

am Montag, dem 14. September 1998
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ingrid Franzen (SPD)

in Vertretung von Ursula Kähler

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Klaus-Peter Puls

Klaus Schlie (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung von Peter Lehnert

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Frauke Walhorn (SPD)

Vorsitzende

Torsten Geerds (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Peter Zahn (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Tagesordnung:**Seite****1. Antrag auf Einwilligung des Finanzausschusses zur Freigabe der Verpflichtungsermächtigung bei 0602-892 05 4**

Antrag des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein
Umdruck 14/2342

2. Förderkonzept für Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten und Antrag auf Freigabe von Fördermitteln 5

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein
Umdruck 14/2325

3. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002 6

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1590

• Einzelplan 16

• Kapitel 1216

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses, des Innen- und Rechtsausschusses und des Sozialausschusses um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Antrag auf Einwilligung des Finanzausschusses zur Freigabe der Verpflichtungsermächtigung bei 0602-892 05

Antrag des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein
Umdruck 14/2342

Abg. Neugebauer beantragt, in die Freigabe der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 0602-892 05, fällig 2001 und 2002, in Höhe eines Teilbetrages von 8 Millionen DM, einzuwilligen, und zwar in der Erwartung, daß die Zuwendungen auf der Basis dessen erfolgen, was in der Runde der finanzpolitischen Sprecher vorgetragen worden ist.

Der Ausschuß willigt einstimmig in die Freigabe der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 0602-892 05 ein.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Förderkonzept für Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten und Antrag auf Freigabe von Fördermitteln

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein
Umdruck 14/2325

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuß überein, den Antrag auf Freigabe von Fördermitteln bis zu seiner Sitzung am Donnerstag, dem 17. September 1998, zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

- Einzelplan 16
- Kapitel 1216

M Birk gibt einen kurzen Überblick über den Entwurf des Einzelplans 16.

1601-526 99, Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.

Der Ausschuß diskutiert kurz grundsätzlich über die Erstellung von Berichten aufgrund von Landtagsbeschlüssen beziehungsweise die Beauftragung Externer für die Erstellung derartiger Berichte.

Dabei machen die Vertreter der CDU-Fraktion deutlich, daß sie es als eine Aufgabe des Ministeriums ansehen, bereits vorhandene Daten zusammenzutragen und zu bewerten und damit keine externe Institution zu beauftragen. Ministerin Birk weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es nicht einfach nur darum gehe, Daten, die im übrigen von unterschiedlichen Institutionen erhoben worden seien, zusammenzutragen, sondern vielmehr darum, diese sinnvoll zusammenzutragen und auszuwerten und im Licht der bundesweiten Diskussion zu bewerten. Diese Aufgabe sei in ihrem Ministerium mit dem vorhandenen Personal derzeit nicht leistbar.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Vorschlag ab, die inhaltliche Beratung dieses Komplexes im zuständigen Fachausschuß fortzusetzen.

1603-684 03, an Vereine, Verbände und sonstige zur Förderung von Modellmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Bildungssituation von Frauen

Der Ausschuß bittet um eine Übersicht über die im Jahr 1999 vorgesehenen Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger.

1603-683 01, Zuschüsse zur Förderung der Gleichstellung von Frauen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Privatwirtschaft

Abg. Hunecke bittet um eine Aufstellung der vorgesehenen Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger in der Privatwirtschaft.

1603-684 05, Zuschüsse an Träger von selbstorganisierten Frauenberatungsstellen und Frauennotrufgruppen

Abg. Hunecke fragt nach einer Übersicht über die in den Erläuterungen unter Nr. 2 aufgeführten Institutionen und Gruppen.

1603-526 06, Fortschreibung von Frauenförderplänen

St Dr. Müller weist auf eine Frage der Abg. Hunecke auf einen Schreibfehler im Rahmen der Erläuterungen hin. Sie führt aus, daß das Wort „Handzeichnung“ durch das Wort „Handreichung“ zu ersetzen sei. Weiter sagt sie zu, dem Ausschuß die in Erarbeitung befindliche Handreichung nach Fertigstellung zuzuleiten.

1606-643-12, Erstattungen von Jugendhilfeleistungen an Kreise und Kreisfreie Städte gemäß § 58 Abs. 1 JuFöG

Abg. Geerds und Abg. Stritzl fordern eine Aufstellung der von den Kreisen und kreisfreien Städten angeforderten Leistungen sowie der tatsächlichen Leistungen, aufgeteilt nach Kreisen und kreisfreien Städten, an. Der Finanzausschuß regt an, daß der Sozialausschuß zum Thema „Erstattung von Jugendhilfekosten durch das Land“ eine Anhörung durchführt, bei der die kommunalen Verbände sowie die Jugendverbände Gelegenheit erhalten sollen, eine Stellungnahme abzugeben. Der Sozialausschuß wird gebeten, die Anhörung und seine Beratungen so durchzuführen, daß das Ergebnis dieser Beratungen in die Haushaltsberatungen einfließen kann.

1606-684 06, Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz

1606-684 07, Beratung sowie spezielle Angebote für Problemfamilien

Abg. Neugebauer bittet um eine Darstellung der geleisteten Förderung, bezogen auf die letzten fünf Jahre, getrennt nach Beratung sowie Infrastruktur. Abg. Hunecke ergänzt diese Bitte um eine Übersicht darüber, welche Anteile für Schwangerschaftsberatung und wieviel für spezielle Angebote für Problemfamilien aufgewandt worden ist.

1616, Wohnungswesen, Wohnungsbauförderung und Städtebau

Abg. Storjohann fragt nach einer schriftlichen Übersicht über den Ist-Stand beim Landeswohnungsbauprogramm 1998.

Abg. Franzen geht davon aus, daß der Finanzausschuß im Laufe der Haushaltsberatungen konkretere Unterlagen erhält. Sie bezieht sich auf die Vorbemerkungen zum Kapitel 1616 und bittet darum, eine konkretere Aufschlüsselung - vergleichbar mit der der letzten Jahre - zu erhalten.

1616-111 02, Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe

1616-111 03, Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe für mit Wohnungsfürsorgemitteln geförderte Wohnungen

RR Bonert sagt auf eine Frage des Abg. Storjohann zu, dem Ausschuß eine Aufstellung über die Verwaltungskosten zuzuleiten.

1616-653 01, Förderung innovativer Wettbewerbe im Wohnungs- und Städtebau, insbesondere zur besseren Berücksichtigung von Frauenbelangen

Abg. Storjohann bittet um eine Auflistung der Verwendung der Mittel in den Jahren 1997 und 1998 sowie die geplante Verwendung in 1999.

1616-682 01, Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für die Wohngeldbewirtschaftung

Auf eine Frage des Abg. Storjohann sagt Ministerin Birk zu, dem Ausschuß eine schriftliche Darstellung der Einsparungen im Ministerium durch die Übertragung der Abwicklung der Erstattung des Wohngeldes an die Bewilligungsstellen einschließlich der Abwicklung gegenüber dem Bund auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein zuzuleiten.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin